

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 20009.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Poststellen des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. März. (Privatelegramm.) Der Magistrat hat die Pensionierung des Stadtraths Ebert wegen Krankheit vom 1. Juli an genehmigt.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf mit zahlreichen Unterschriften zur Begründung einer Kleist-Rethow-Stiftung, bestehend in einer Herberge zur Heimath in Belgard.

Washington, 4. März. (W.L.) Nach der vom Congresse genehmigten Bill Chandler wird das Verbot der Einwanderung ausgedehnt auf Personen über 16 Jahre, welche verkrüppelt, erblindet und des Lesens und Schreibens unkundig sind, auf Personen mit körperlichen Gebrechen, welche dem Staate zur Last fallen können, auf Mitglieder von Vereinigungen, welche verbrecherische Bestrebungen gegen Leben und Eigenthum begünstigen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. März.
Die Verschärfung des schwedisch-norwegischen Conflicts.

Man schreibt uns aus Stockholm, 28. Februar: Niemand kann sich hier verhehlen, daß die Unionsfrage sich durch den Verlauf der Dinge in Norwegen immer schärfer zuspielt. Wenn auch gerade in der letzten Zeit die Zahl der Anhänger der Union in Norwegen in stetiger Zunahme ist, und wenn man auch in diesem Lager die Überzeugung hat, daß die Radikalen im entscheidenden Augenblick nicht über die Mehrzahl im Storting verfügen werden, so herrscht doch in den unionsfreundlichen Kreisen Christiania eine etwas gedrückte Stimmung. Die radikalen norwegischen Blätter führen eine überaus leidenschaftliche, zu entscheidenden Handlungen drängende Sprache. So hat das „Dagbladet“ kürzlich einen Artikel veröffentlicht, der mit den Worten schließt:

„Die Lage fordert vom Storting, daß es zwei Schritte thue: zuerst muß es in entschieder Weise die Forderungen formuliren, welche nun zu stellen sind, dann aber — wenn man neuerdings versuchen sollte, Norwegen an der Erlangung seines Rechtes zu verhindern — muß es zum Handeln schreiten, um jede schwedische Einnahme unmöglich zu machen.“

Die bezeichneten Blätter fassen sogar die Eventualität eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Norwegen und Schweden in's Auge und erörtern die Chancen, welche ersteres in einem solchen Kampfe hätte. So schreibt beispielsweise „Aftenposten“:

„Nur frisch darauf los, die Streitkräfte Norwegens sind seit dem vorigen Jahre so sehr entwickelt worden, daß unsere Stellung sich dadurch bedeutend verbessert hat.“

Angesichts derartiger Aufforderungen beginnen nun die norwegischen Unionsfreunde, welche bisher wegen ihrer Überzahl in der Abwehr sich etwas lau benommen haben, kräftiger aufzutreten, da sie offenbar zu der Erkenntniß gelangt sind, daß man auch im politischen Kampfe nie den Gegner unterschätzen darf und daß die aufgehenden Aufforderungen der radikalen Presse schließlich doch Unheil anrichten könnten. Dies zeigt sich auch in dem jüngsten Verhalten angesehener Organe Norwegens, die über das Treiben der Radikalen bestreitend entrichten äußern. Das unionsfreundliche „Morgenbladet“ bezeichnet die Hinweise der radikalen Blätter auf die Erstärkung der norwegischen Wehrmacht als Bravaden, von welchen man sich nirgends täuschen lassen sollte. Es sei geradezu ein Verbrechen, wenn die radikalen Organe von einem friedlichen Ausgleich abrathen, um an das Schwert zu appellieren. Doppelt verbrecherisch sei dies, wenn man durch falsche Darstellungen und Erfindungen versucht, die öffentliche Meinung über die Wehrkraft Norwegens, welche gegenwärtig fast ebenso schwach sei, wie vor Jahren, irrezuführen. Das Blatt schreibt:

„Die radikalen Leiter gesiehen ein, daß ihr Vorgehen im Stande ist, unser Vaterland in eine Situation zu versetzen, wo die brutale Waffengewalt die Entscheidung bringen muß. Und das sollten wir uns bieten lassen!“

„Drammens Blad“ tritt den Radikalen noch

mit stärkeren Worten entgegen und drückt die Hoffnung aus, daß die Norweger sich ihrer Vorfahren würdig erweisen und ohne lange Überlegung wie ohne Furcht daran gehen werden, „die radikalen Agitatoren beim Arger zu nehmen und sie unschädlich zu machen“. Jetzt sei keine Zeit mehr, die Radikalen zu belehren, sondern es müsse energisch und rücksichtslos gehandelt werden.

Was die schwedischen Regierungskreise betrifft, gibt man sich in denselben der Hoffnung hin, daß die besonnenen Elemente in dem Storting Oberhand gewinnen werden. Man ist aber für alle Eventualitäten gerüstet, wenn es den radicalen Leitern in Norwegen gelingen sollte, einen Conflict mit Schweden herauszubeschwören.

Die vierten Bataillone

in der Militärvorlage beschäftigten gestern die Militär-Commission. Nach dem Antrag Bennigsen sollen diese 173 Bataillone ausgesondert und als „unvollständige Bataillone“ bezeichnet werden und nur so lange formirt werden, als der active Dienst bei der Fahne für die Mannschaften der Fußtruppen auf zwei Jahre festgesetzt ist. Ueber die Verhandlungen wollen wir noch folgenden ausführlicheren Bericht der „Lib. Corr.“ wiedergeben:

Der Kriegsminister beanstandete die Bezeichnung als unvollständige oder Erfahrbataillone und auch den zweiten Antrag Bennigsen. Diesen Bedenken fügte der Abg. Bühl dadurch abzuheben, daß er den Antrag Bennigsen dahin abzuändern beantragte, dieselben als Stamm-Bataillone oder, wie der Reichskanzler sie später nannte, „Bataillonsfamilie“ zu bezeichnen. Von conservativer Seite, Abg. v. d. Schulenburg, wurde angeregt, auf die 4. Bataillone zu verzichten, da gegen die Kopfstärke der drei Friedensbataillone zu verstärken. Dieser Vorschlag lehnte Graf Caprivi ab; worauf Abg. v. d. Schulenburg erklärte, die Conservativen würden für die 4. Bataillone, aber gegen die Anträge Bennigsen stimmen; ebenso Abg. v. Aleist. Abg. Richter bemerkte, wenn die Mehrheit sich für die 4. Bataillone aussprechen sollte, so würde dadurch doch die Stellung derjenigen nicht berührt werden, welche über die jetzige Friedenspräfenzstärke nicht hinausgehen wollten. Abg. Lieber erklärte, das Centrum halte an dieser Ziffer fest; berief sich aber bezüglich der 4. Bataillone auf die Erklärung des Abg. v. Huene in der ersten Lösung; es würde sich darum handeln, ob innerhalb der Präfenzjäger die Mannschaften für die 4. Bataillone auf diesen seien. Auch Dr. Bühl hatte sich für die 4. Bataillone erklärt, aber die Stärke derselben als eine offene Frage bezeichnet. Auch er wollte möglichst wenig über die jetzige Friedenspräfenzstärke hinausgehen. Man könnte wohl auf den hohen Etat (600 Mann) bei allen Bataillonen verzichten und sich bei den Truppen im Innern mit 580 Mann begnügen. Nach dem Generalmajor v. Gohler Auskunft über die beabsichtigte Bildung der 4. Bataillone (die beiden Compagnien, aus denen dieselben bestehen, sollen 114 Gemeine umfassen), gegeben, erklärte Abg. Hinze, er erkenne in der Bildung eines Annexes der 3. Feldbataillone einen gefunden Gedanken. Für die Ausbildung der Mannschaften im Frieden könne auch durch Verstärkung des Ausbildungspersonals der 3. Feldbataillone Vorsorge getroffen werden. Die 4. Bataillone aber würden die Mobilmachung der Feldbataillone und der beiden Reservebataillone sehr wesentlich erleichtern. Im Prinzip sei er also für die Bildung der 4. Bataillone; ob aber für dieselben Mannschaften vorhanden seien und wie viele, lasse sich erst bei der Beschlusssatzung über den § 1 — Friedenspräfenzstärke — entscheiden. Er behalte sich in dieser Beziehung alles Weiteres vor. Graf Caprivi bestätigte, daß die 4. Bataillone ein wesentliches Moment für die Mobilmachung seien; man würde dann weniger als jetzt den Fall, die Friedensverbände zu zerreißen genötigt sein. Abg. Richter schließt aus den vorangegangenen Erörterungen, die 4. Bataillone seien nur dazu bestimmt, eine größere Zahl von Mannschaften unterzubringen. Zu dem angeblichen Zwecke derselben würde eine Vermehrung des Ausbildungspersonals hinreichend. Er halte es für eine falsche Taktik, für solche Formationen zu stimmen, unter denen sich jeder etwas anderes denkt und die ein hinausgehen über die Friedenspräfenziffer erforderten. Weitere Erörterungen in dieser Richtung seien überflüssig, nachdem die Regierung seine Vorschläge abgelehnt habe. Er geht dann auf die Frage der Militärarbeiter ein. Die Zahl der erforderlichen Mannschaften würde sich erheblich vermindern, wenn man an Stelle der (11 000) Dekonomiehandwerker, Burschen u. s. w. Civilarbeiter heranziehe. Der Reichskanzler will den Abg. Richter beim Wort nehmen; der Gedanke sei nicht unausführbar, erfordere aber höhere Ausgaben. Die Abstimmung über den Antrag Bennigsen-Bühl wird voraussichtlich morgen erfolgen. Das Ergebnis derselben wird, wenn das Centrum an seiner bisherigen Taktik festhält, ein

negatives sein. Aber selbst im Falle der Annahme des Antrags würde die Beschlusssatzung nur eine vorläufige sein, da über die Stärke der 4. Bataillone weitere Beschlüsse vorbehalten sind.

Unser Berliner — Correspondent schreibt uns über die Situation:

Die Steuer-Commission im Abgeordnetenhaus arbeitet mit Hochdruck, um die zweite Lesung des Communalsteuergesetzes und damit ihre gesammten Arbeiten zum Abschluß zu bringen, hauptsächlich, weil, wie man wenigstens in Abgeordnetenkreisen annimmt, der Vorsitzende der Commission, Freiherr v. Huene, dringend eines Urlaubs bedarf, was auch insofern von Interesse ist, als daraus hervorgeht, daß Frhr. v. Huene seine Anwesenheit während der bevorstehenden mehr oder weniger entscheidenden Sitzungen der Militär-Commission des Reichstages nicht für angezeigt erachtet. Für diejenigen, die immer noch von Compromißverhandlungen hinter den Coussinen sprechen, ist dieser Umstand nicht ohne Interesse. Das Centrum bleibt, wie noch in der heutigen Sitzung der Commission der Abg. Dr. Lieber allem Jurens gegenüber, endlich mit seinen Gegen-vorschlägen herauszukommen, behauptet hat, auf seinem bisherigen Standpunkt stehen. Er stellte ebenso wie der Abg. Dr. Bühl für die national-liberale Partei das Vorhandensein von Compromißvorschlägen in Abrede schien aber doch hinsichtlich der vierten Bataillone zu einer Verhandlung bereit zu sein. Gleichwohl schien auch er überrascht über die Entschiedenheit mit der Abgeordnete Hinde sich im Prinzip für die Errichtung dieser vierten Bataillone vorbehaltlich der Beschlusssatzung über die Stärke derselben erklärte, während Abg. Richter die heute erfolgten Ausschlüsse über die Bestimmung dieser Formationen, die Ermöglichung der guten Ausbildung des zweiten Jahrganges mit Rücksicht auf eine etwaige Mobilmachung als einen Grund mehr gegen die Bewilligung dieser Neuformations zu deuten bemüht war. Jedenfalls hat die heutige Verhandlung bewiesen, daß das bedächtige Vorschreiten der Verhandlungen für alle Theile seine Vortheile hat. Sehr bemerkenswert war, daß während der Kriegsminister sich mit einer überraschenden, aber wohl nicht ernst gemeinten Entschiedenheit gegen den Antrag Bennigsen erklärte, die 173 vierten Bataillone nur für die Dauer der zweijährigen Dienstzeit zu bemühen, Graf Caprivi dem Verlangen Richters, die Dekonomiehandwerker durch Civilarbeiter zu ersetzen entgegenkam, so daß sich hier die Frage stellt, in welchem Umfange die Einstellung der Civilarbeiter thunlich ist und wie hoch sich die dadurch entstehenden Mehrkosten belaufen.

Die Berathung des Poststatts im Reichstage bemegte sich in den üblichen Bahnen. Die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe auf 20 Gramm fand bei dem Staatssekretär von Stephan mit Rücksicht auf den zu erwartenden Auffall von 4 bis 5 Millionen Mark ebenso wenig Anklang wie die Herabsetzung der Telegraphengebühren. Dann brachte der Abg. Vollrath in eingehender Rede Alagen gegen die Postverwaltung, die Maßregelung des Assistentenverbandes u. s. w. vor, die hrn. v. Stephan die Gelegenheit zu einer fulminanten Vertheidigungsrede boten, in der er freilich eine Reihe von lokalen Missgriffen der Verwaltung zugeben mußte. Das einzige Erfreuliche war die Mitteilung des Directors Fischer, daß demnächst die Bestellungsgelder für Telegramme aus dem Lande in Fortfall kommen würden.

Fertigstellung des Reichshaushalts.

In der zweiten Berathung des Reichshaushalts sind nach Erledigung des Poststatts neben einigen kleineren Etais nur noch Militär- und Marine-Etat übrig; der letztere namentlich stellt noch längere Berathungen in Aussicht. Man wird aber doch in der nächsten Woche die Beendigung der zweiten Lösung erwarten dürfen, so daß der vollständigen rechtzeitigen Fertigstellung des Reichshaushalts vor Ostern nichts im Wege stehen wird.

Die Debatte um das Kohlensyndicat.

Während am Mittwoch der Eisenbahnenminister die Aufforderung des Abg. Brömel, etwaigen Preistreibereien des westfälischen Kohlensyndicats

schleiert gesehen, nicht die „Wahrheit“, sondern die grausame nackte Wirklichkeit bedeutete, die um jeden Preis zu entzweien man sich billig schämen und scheuen sollte; es braucht auf der Bühne nicht alles Fleisch von von unserem Fleisch, mit Haut und Haaren, nicht alles Blut von unserm Blut, womöglich aus Wunden fließend, zu sein, damit ein Werk Wahrheit habe. Die Linda-Oper schnell und zu einer einzigen Aufführung vorzubereiten, war ein Wagnis und ein Opfer. Das Wagnis ist gelungen, wenn man es auch spürte, und das Opfer um so dankenswerter. Neu besteht gegen früher war die Partie des Vaters mit Herrn Tihau, die des Pfarrers (ursprünglich Präfekten) mit hrn. George und die der Mutter mit Fr. Joh. Brackenhammer. Herr Tihau entledigte sich sanglich sicher und mit energischem Ausdruck seiner Aufgabe, sein Spiel entwickelte sich daher in dem großen Duett noch wenig. Herr George gab deutlicher als sein Vorgänger in der Rolle den Curé des Ortes zu erkennen; ein gewisses Schwanken der Tonbildung verriet hie und da das Gefühl des Riscos, das große berühmte Duett zwischen Vater und Pfarrer fand eine im ganzen würdige, nur noch nicht künstlerisch auf Steigerung angelegte Wiedergabe. Fräulein Brackenhammer sang und spielte die kleine Partie der Mutter mit

nach dem Vorgang der Marineverwaltung durch Ankauß englischer Kohlen die Spitze abzuheben, unbeantwortet gelassen, hat gestern beim Bergwerksetat Handelsminister v. Berlepsch nach der Ausführung des Centrumsabg. Im Walle seine Stellung zu dem Kohlensyndicat in einer im großen und ganzen befriedigenden Weise präzisiert. Die Auffassung des Handelsministers unterscheidet sich von derjenigen der Abg. Brömel und im Walle dadurch, daß diese von der Voraussetzung ausgehen, das Syndicat werde seine Macht zu Preissteigerungen missbrauchen, während der Handelsminister erst abwarten will, ob diese Prophesien sich erfüllen. Auf denselben Standpunkt stellte sich Graf Ranitz, was ihm seitens des Abg. Schmieding eine Liebeserklärung eintrug nach der Melodie: Hand wird nur in Hand gewaschen, wenn du nehmst willst, so gib. Mit anderen Worten: wenn die Agrarier wollen, daß die Großindustriellen für ihre Ziele eintreten, so müssen sie auch die Interessen dieser schützen. Im übrigen gaben doch die Herren v. Ehren u. Gen. zu, daß das Kohlensyndicat nur zu dem schwächeren Zehn Einheit zu thun und einen den Anlagekosten entsprechenden Kohlenpreis zu erzielen. Die Kosten werden also unter aller Umständen die Consumenten zu tragen haben.

Kleinstaatliche Agrarier.

Der anhaltische Landtag ist am 28. Februar durch den Minister v. Koseritz (früher Polizeipräsident in Potsdam und Mitglied des Abgeordnetenhauses) mit einer Rede eröffnet worden, in der sich folgender Satz findet:

„Unser finanzielles Verhältniß zum Reiche weist, unter der Wirkung der Handelsverträge und bei der anbauernden Steigerung der Militärlast, in diesem Jahre eine nicht unerhebliche Verschlechterung auf, und der gegenwärtige Zustand der Unfreiheit, sowohl in Bezug auf die Befürchtung des Abschlusses weiterer, unserer Landwirtschaft nachtheiliger Handelsverträge, als auf das Schicksal der schwäbenden Militärvorlage im Reichstage, ist nicht dazu angehalten, eine demnächstige Verbesserung dieses Verhältnisses vorzusehen zu lassen.“

Dass der anhaltische Minister v. Koseritz nicht nur Gegner eines Handelsvertrages mit Russland, sondern auch der Militärvorlage ist, verdient Beachtung. Aber daß er in einer offiziellen Rede vor dem anhaltischen Landtage dieser seiner Ueberzeugung Ausdruck giebt, scheint uns zu beweisen, daß man gut thun wird, die Beschränkungen der agrarischen Opposition nicht zu unterschätzen.

Der Entwurf zum Schutz der Waarenbezeichnungen.

In dem gegenwärtig im Bundesrat ruhenden Entwurf zum Schutz der Waarenbezeichnungen ist auch eine wesentliche Änderung der formellen Erfordernisse der Anmeldung vorgesehen. Bis her ist es Gesetzesbestimmung, daß der Anmelder einer Marke die Waarenart, für welche dieselbe gelten soll, angibt. Er meldet also das Zeichen für keramische Erzeugnisse, für Maschinenbau, für chemische Produkte u. s. w. an. Dadurch ist zwar der Vortheil erreicht, daß Waaren verschiedener Art mit einem Zeichen bedeckt werden können, wovon auch namentlich für Ausführungen in erheblicher Ausdehnung Gebrauch gemacht wird. Es wirkt aber diese Bestimmung insofern nachtheilig, als die jetzige Anmeldungsart vielfach über das Bedürfnis des Anmelders hinausgeht und dadurch andere Interessenten geschädigt werden. Der Schutz, der dem Waarenzeichen erteilt wird, sollte sich naturgemäß nicht weiter erstrecken, als das Bedürfnis des Anmelders es verlangt. Von dieser Erwägung ausgehend bestimmt nun der neue Entwurf, daß der Anmelder nicht die Waarenart angeben soll, für welche das Zeichen gilt, sondern ein Verzeichniß derjenigen Waaren einreichen soll, auf welche es Bezug hat. Es wird hierdurch eine feste Begrenzung des Waarenzeichenschutzes hervorgerufen, welche zur größeren Sicherheit im Verkehrsleben auf dem in Rede stehenden Gebiete führen wird.

Oesterreich und die Frage des deutsch-russischen Handelsvertrages.

In durchaus correcter Weise hat vorgestern im österreicherischen Abgeordnetenhaus der Handelsminister die Grenze der für Deutschland aus den neuen Handelsverträgen erwachsenen Ver-

trücker Stimme und angemessenem Ausdruck. Im ganzen thöten unsere Sänger besser, in italienische Melodien nicht noch soviel „Gefühl“ und Pathos hineinzulegen, sondern sie, wie Franc. Prevosti, mehr schlicht und naiv eben bloß zu singen; es liegt schon genug in ihnen selbst, die Tonfarbung bei schlichtem Takt und glattem Tempo soll zum Ausdruck genügen. Beißiglich der Partien des Arthur (hr. Lunde), des Pierotto (Fr. Neuhaus), des Marquis (hr. Miller) begnügen wir uns diesmal mit dem Hinweis auf die frühere Würdigung des schönen Verbiestes, welches die genannten Sänger sich darin gleich geblieben, und verhafsten dem Werke wiederum, wenn auch der Marquis hätte französischer sein mögen, zu einer wirsamen harmonischen Aufführung. Einen einfachen Lorbeerkrans, der am Schluss dem scheidenden Gaft, als Zeichen echten Ruhmes, auf die Bühne gereicht ward, setzte Herr Lunde der Gespielten aufs Haupt, was bei dem Publikum die freudigste Zustimmung fand — der vielfach wiederholte Hervorruß der zugleich durch die edelsten Eigenarten des Herzens ausgezeichneten Künstlerin zeigte, daß allen das Scheiden schwer ward. Hohenlly ist das Wiedersehen nicht zu fern.

Dr. C. Fuchs.

pflichtungen festgestellt, indem er ausführte, daß Österreich keineswegs ein vertragsmäßiges Recht auf das Fortbestehen der deutschen Differentialzölle, wie sie namentlich dem russischen Getreide gegenüber eine Rolle spielen, besitze. Er bedauerte und mitsbilligte sehr entschieden, daß im Abgeordnetenhaus der deutschen Regierung der Vorwurf einer illosalen Handelspolitik gemacht worden. Die Handelsverträge hätten ein pragmatisches System differenzierter Behandlung nicht statuiren wollen. Die Befreiung des österreichischen Ministers bezog sich auf die Aeußerung galizischer Abgeordneter, sie hätten seinerzeit bei ihrem Votum für den deutsch-österreichischen Handelsvertrag unbedingt auf die Loyalität der deutschen Regierung gerechnet und erwarteten, daß die letztere während der ganzen Dauer der Uebereinkunft keinen Vertrag mit Russland schließen werde, durch welche die Österreich-Ungarn gewährten volkswirtschaftlichen Vorteile berührt würden. Es ist in der That unbegreiflich, wie die Verpflichtungen eines Handelsvertrages in so ungeheuerlicher Weise mißdeutet werden konnten.

Die Zuckerprämienconvention.

Im englischen Unterhause erklärte gestern der Parlaments-Unterstaatssekretär des Auswärtigen Gren, daß die Convention betrifft der Zuckerprämien von keiner Macht ratifiziert worden und nicht in Kraft getreten sei. Die deutsche und belgische Regierung hätten Maßregeln getroffen, um bis zu einem gewissen Grade den Zweck des ersten Artikels der Convention zu erreichen.

Kämpfe im Sudan.

Nach „G. T. B.“ melden in London eingetroffene amtliche Berichte aus Kairo von einem neuen blutigen Zusammenstoß der Genossen mit den Dervischen. Ob derselbe durch einen Versuch der letzteren, wieder in Darfur einzudringen, oder umgekehrt durch ein Vorbrechen der Genossen durch Kordofan in der Richtung auf Omdurman veranlaßt wurde, wird nicht gesagt. Wahrscheinlicher ist, im allgemeinen Zusammenhang der Nachrichten jüngster Zeit, das letztere. Die Genossen würden indesten den Europäern gegenüber mindestens ebenso fanatisch feindselig sein, wie die Dervische; ihr Wiederaufstauen ist also keineswegs ein unbedingt günstiges Ereignis; nur wenn sich beide Theile die Wage hielten, könnte es den europäischen Operationen am Weissen Nil förderlich sein. Derselben Quelle zufolge schänden die Abessiner sich an, die inneren Wirren im Sudan zu einem Einfall in dieses Gebiet zu benutzen.

Eine britische Stadt von den Franzosen eingenommen.

Ein Telegramm von Sierra Leone, Westafrika — sagt der „Daily Chronicle“ — meldet die Einnahme der Stadt Heramokonoh seitens französischer Truppen, welche gegen den Mohamedaner Almann Gamadou operieren. Dieses Ereignis hat große Aufregung in der englischen Niederlassung, welche die Franzosen vom Handel mit dem Innern des Landes abschneiden wollen, verursacht. Heramokonoh ist, wie es heißt, eine Stadt an der Grenze, welche die britische Sphäre von Almanns Lande scheidet, und ist daher unter englischem Schutz. Die Besetzung der Stadt seitens der Franzosen wird aller Wahrscheinlichkeit nach Veranlassung zum Austausche von Noten zwischen England und Frankreich geben.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 3. März.

Am Ministerisch: v. Berlepsch und Commissarien. Auf der Tagesordnung steht der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Beim ersten Titel der Einnahmen der Bergwerke, 93 533 860 Mk. für Produkte, erklärt

Abg. Schulz-Bodrum (nat.-lib.): Der Niedergang der Einnahmen deutet auf einen Niedergang zweier großer Gewerbe, insbesondere des Bergbaues. Die ungünstige Verschiebung der Einnahmen tritt ganz besonders in dem Sinken der Kohlen- und Kokspreise an der Saar hervor. Der Preis für Cokes, der 1890/91 auf 20 Mk. stand, ist für 1893/94 auf 13 Mk. veranschlagt. Von den Einnahmen fallen 43 Prozent weg. Aber auch aus den Minderausgaben der Löhne, Betriebsmaterialien u. s. w. fallen düstere Schatten auf die Zukunft des Bergbaues. Die Förderung ist in der Zeit von 1888/89 auf den Kopf um 7—14 Proc. gesunken. Überall ist die Arbeitsleistung zurückgegangen. Daraus kann man schließen, welche Folgen für den nationalen Wohlstand es nach sich ziehen würde, wenn die im letzten Strike so lebhaft erhobene Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit erfüllt werden sollte. Rüttet man hinzu, daß die Arbeitslöhne sich stetig gesteigert haben, so würde man, wenn die übertriebenen Forderungen auf 4,50 Mk. pro Schicht erfüllt werden, eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates gefährden und die wirtschaftliche Hauptschlagader des Staates unterbinden. Es ist die Pflicht aller Wohlmeinenden, den Verführern entgegenzutreten, die Verführten zu belehren. Dazu sind die Fachschulen sehr geeignet, und sie werden ihre Aufgabe erfüllen, zumal ja jetzt der Besuch der Fortbildungsschulen für jugendliche Arbeiter vorgesehen ist. Hoffentlich wird es uns gelingen, dem Bergbau über alle Gefahren hinwegzuhelfen.

Abg. Bopeltius (freicons.) führt aus, daß in der Zeit, als noch die Sozialdemokratie nicht in das Saargebiet eingedrungen gewesen sei, das beste Einnernehmen zwischen Arbeitgeber und -nehmer geherrscht habe. Erst in den siebziger Jahren erschienen dort die ersten sozialdemokratischen Agitatoren, ohne jedoch großen Anfang zu finden. Die Arbeitgeber hätten sich aber damals schon zusammengehalten und Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie erlassen. Die Bergwerksverwaltung scheint aber jetzt diesen Standpunkt verlassen zu haben, und ich bitte die Regierung, uns ihre Stellung der Rechtschauverein gegenüber mitzuteilen.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Die Stellung der Staatsregierung gegen den „Rechtschauverein“ geht dahin, daß sie sich für vollständig berechtigt hält, von den Arbeitern den Austritt aus diesem Vereine zu verlangen. Das ist ihr principieller Standpunkt und sie glaubt, damit nicht in die Coalitionsfreiheit der Arbeiter einzugreifen. Die Stellung der Verwaltung gegen die Sozialdemokratie hat sich im Laufe der Zeit nicht geändert. Sie hält sich berechtigt und verpflichtet, sozialdemokratisch agitatorisch auftretende Arbeiter nicht aufzunehmen bzw. zu entlassen. Ein principielles Verbot, dem Rechtschauverein anzugehören, hat die Verwaltung nicht erlassen. Die Entlassung eines Arbeiters wegen Zugehörigkeit zu diesem Verein ist keine principielle Frage, sondern eine Frage der Taktik. Ein solches principielle Verbot würde keinen fachlichen Erfolg haben, sondern umgangen werden. Bei den Strikes hat sich die Erscheinung herausgestellt, daß die Bergarbeiter zum Strike geneigter sind, als die Hüttenarbeiter. Man muß daher bei den Strikes nicht einen Unterschied zwischen fachlichen und nichtfachlichen Arbeitern, sondern zwischen Berg- und Hüttenarbeitern machen. Die Arbeiter unter Tage stricken viel leichter, weil sie besser organisiert sind als die über Tage. Die Regierung untersucht nicht, welche politische Gesinnung ihre Arbeiter haben, aber sie geht gegen die Arbeiter vor, die agitatorisch für die Sozialdemokratie wirken.

Abg. Im Walle (Centr.): Ich hält die Existenz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndicats für eine eminente Gefahr, da dadurch die wirtschaftliche Stellung des Staates erschüttert werden könnte. Wenn schon in vorigen Jahren wegen der hohen Forderungen die Staatsverwaltung auf einen Ankauf der Kohlen bei rheinischen Werken verzichten mußte, was steht uns dann bevor unter dem jetzt gegründeten Syndicat, dem 70 Jahren mit 37 Millionen Tonnen Förderung angehört. Er bitte den Minister, gegen das Syndicat Stellung zu nehmen.

Abg. Schmieding (nat.-lib.): nimmt das Syndicat in Schutz. In den letzten 40 Jahren seien die Kohlenpreise in den staatlichen Saargruben, die ja ein thätzliches Kohlensyndicat darstellen, stets höher gewesen als in Westfalen. Warum mache man das den staatlichen Werken nicht zum Vorwurf? Wie können man jetzt schon dem Syndicat den Zweck unterschieben, unlautere Preistreibereien zu veranlassen. Er bestreite, wie neulich schon, daß von einem Ring die Rede sei; es solle vielmehr ein alle Interessenten, auch die Consumenten befriedigender Zustand, der plötzliche Schwankungen ausschließe, geschaffen werden. Auch in der Wissenschaft werde solchen Vereinigungen zur Verhinderung von Überproduktion abwechselnd mit Arbeitslosigkeit das Wort geredet. Auch in Arbeiterkreisen erkenne man die Berechtigung einer solchen Regelung der Produktion an. In England feierten die Bergarbeiter freiwillig einige Zeit, um eine Überproduktion zu vermeiden. Die Repräsentanten von Schleuderwerken seien Hungerlöste. Ein besseres Mittel gegen den Strike als ein ausreichender und stetiger Lohn sei noch nicht gefunden. Der Kohlenbergbau in Rheinland und Westfalen steht jetzt genau derzeitlichen Situation gegenüber wie 1874. Auf die Zeiten der Hochslut sei die Ebbe gefolgt. Da könne man es den Zeiten doch nicht übel nehmen, wenn sie der unvirthschaftlichen Concurrenten unter einander ein Ende machen und im Zusammenschluß ihr Heil suchen. Wenn man der Eisenbahnverwaltung die Marineverwaltung, welche englische Kohle bestellt, zum Muster vorhalte, so überlege man doch, daß der Eisenbahnverwaltung eine Menge Druck und den deutschen Arbeitern eine Menge Lohn entgangen sei. Die Preise bei den neuzeitlichen Submissionsen in Süddeutschland seien keineswegs übermäßig. Das leugne er nicht, daß es die ausgesprochene Absicht des Syndicats sei, höhere Preise zu erzielen als heute, denn ein Drittel aller Zeichen verhaupten jetzt unter den Selbstkosten. Graf Kanitz habe den einzigen richtigen Standpunkt eingenommen, indem er die Angriffe gegen die Auswüchse solcher Syndicatsvereinigungen für verfrüht erklärt. Das sei ja nicht zu verkennen, daß in jeder großen Macht eine Verführung liege. Sollte das Syndicat dieser Versuchung unterliegen und sich ringsum entwickeln, so würde es an der Majestätigkeit zu Grunde gehen. Das Syndicat werde gemäßigt sein oder werde nicht sein.

Abg. Graf Kanitz (conf.): Die Freiheitsmänner stehen doch sonst auf dem Manchesteerstandpunkt. Warum wollen sie jetzt den Zeichen das Recht nehmen, sich zusammenzuschließen? Ich habe schon im vorigen Jahre gegen die Auswüchse des Kohlenringes gesprochen. Ob auch dies Syndicat zu solchen Auswüchsen führen wird, wissen wir nicht. Die Frage der Kohlenpreise ist mindestens ebenso wichtig, wie die Handelsverträge. Augenblicklich befinden sich die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt in einer heillosen Verwirrung. Wir haben mit einem Durchschnittspreis von 6 Mk. zu rechnen. Es fragt sich, ob dieser Preis den Produktionskosten angemessen ist. Der Satz von 7 Mk. an Produktionskosten pro Tonne im Durchschnitt wird nicht zu hoch gegriffen sein. Die Arbeitszahl ist gewachsen und die Arbeitslöhne sind gestiegen, der Absatz dagegen ist ins Stocken gerathen. Die Dividenden der Zeichen sind selbst dort, wo große Betriebsmittel vorhanden waren, stark heruntergegangen. Die weniger gut gestellten Zeichen haben sogar mit Verlust gearbeitet. Solche Verhältnisse muß man sich bei objektiver Prüfung der Sach vor Augen halten. Die Zeichen sind genötigt gewesen, ihre Ueberförderung zu wahren Schleuderpreisen abzugeben. Die Erfahrungen, welche wir dem Cokes-Syndicat gemacht haben, lassen allerdings befürchten, daß wir ähnlich auch bei dem neugebildeten Ring erfahren. Aber bevor wir nicht genau wissen, wie das Syndicat wirken wird, dürfen wir nicht den Stab darüber brechen. Kommt es zu Stande, dann wird jedenfalls den Händlern ein Theil des Kohlengeschäfts genommen werden, und das wäre ein Gewinn. Hoffentlich wird das Kohlensyndicat auch die auf dem Kohlenmarkt herrschende Verwirrung beseitigen. (Beifall rechts.)

Abg. Brömel (freis.): Graf Kanitz meinte, unsere Stellung zum Kohlensyndicat sei mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar. Er hat meine Rede nicht verstanden. Ich habe nicht nach Staatsinteressen gefragt, sondern das Interesse der Consumenten und vor allem das der Staatsfinanzen vertreten; denn für diese ist die Frage des Kohlensyndicats von großer Wichtigkeit. Eine Erhöhung des Kohlenpreises um nur 50 Pf. würde für den Staat eine Mehrausgabe von 2 Millionen machen. Ich halte auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, gegen das Kohlensyndicat Stellung zu nehmen. Ich befinde mich da in einer Gesellschaft, die auch Graf Kanitz anerkennen wird, in der des Herrn v. Kardorff, der sich in der „Post“ in diesem Sinne geschickt hat. Wenn wir nicht rechtzeitig unsere Stimme erheben, dann sind wir verantwortlich für alle Folgen, die aus dieser Vereinigung entspringen. Die Kohlenpreise sind bei drei verschiedenen Werken von 1887 bis 1890 bereits um 147, 122, 157 Proc. gestiegen. Die Herren sagen, das Syndicat solle nur ausgleichend wirken, nicht die Preise steigern. Herr Schmieding hat ja selbst gesagt, viele Zeichen arbeiten jetzt unter dem Selbstkostenpreise. Ja, wenn die Preise nicht in die Höhe getrieben werden, dann müssen diese Zeichen auch später unter dem Selbstkostenpreise arbeiten. Wenn die Zeichen ihren Gewinn abwerfen, so kann man sie ruhig eingehen lassen, die anderen Zeichen werden ihre Produktion entsprechend ausdehnen. Die Preisesteigerung kommt auf die Schädigung aller der Industrien hinaus, bei denen Cartelle nicht möglich sind. Dahin gehört z. B. die kleine Eisenindustrie. Das Syndicat hat den Zweck, die Preise seinerseits festzusetzen. (Zuruf: Ist doch keine Schande, aber der Consument muß sich gegen Preise wahren, die nicht dem Preis auf dem Weltmarkt entsprechen. Aus den Preissteigerungen, welche ein solches Syndicat durchsetzt, folgen neue Forderungen der Arbeiter auf Lohnsteigerung.)

Minister Frhr. v. Berlepsch: Die bedenkllichen Folgen, welche Abg. Brömel befürchtet, können eintreten. Ob sie aber eintreten werden, ist eine Frage, die wir heute noch nicht entscheiden können. Ich theile die Ansicht, daß die Syndicatsbildung eines der wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete ist. Sie kann der Industrie zum großen Schaden, aber auch zu grossem Nutzen gereichen. Der Kohlenbergbau mußte nach einem Mittel suchen, um einerseits Preistreibereien, andererseits der Schleuderung entgegenzutreten und stabile Preise und stabile Lohnverhältnisse herbeizuführen, sonis eine Arbeiterschaft, die mehr als eine halbe Million beträgt, gut zu stellen. Ein solches Mittel zu finden, war an sich wünschenswert, bisher hat aber noch niemand ein anderes Mittel angegeben, um dahin zu gelangen. (Geht richtig!) Hat das Kohlensyndicat das Streben, die Kohlen auf einem Preis zu erhalten, der eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals gewährt, dann wird man ihm keinen Vorwurf machen können. Andererseits haben wir, seitdem die Eisenbahnen verstaatlicht sind, die Mittel, mehr als in irgend einem anderen Lande, der Vereinigung gegebenenfalls Taxis einzugehen. Daher werden wir eine bedenkliche Entfaltung der Macht des Syndicats nicht zu fürchten haben. Jedenfalls ist es heute noch nicht angezeigt, irgend welche Schritte gegen dieses Syndicat zu thun. Wir stehen auf dem Standpunkt: abwarten! Entwickelt sich das Syndicat nach der bedenklichen Seite, dann werden wir das Unrechte

thun. Außerdem bürgt mir die Qualität der Männer, die an der Spitze des Unternehmens stehen, dafür, daß sie das Vaterland nicht in unnötige Preistreibereien ziehen werden. (Beifall.)

Abg. v. Cynern (nat.-lib.): Abg. Brömel gibt selbst zu, daß auf dem Aholenmarkt eine Aenderung eintreten muß. Er weiß aber kein anderes Mittel, als daß die Kleinen sterben müssen, damit die Großen leben. Das zeigt mir, daß er vom Bergbau auch nicht die Spur irgend einer blässen Ahnung hat. (Heiterkeit.) Das Syndicat will einen einheitlichen Preis für die Kohlen festsetzen. Ich freue mich, daß Graf Kanitz dieses Unternehmen so objectiv gewürdigt hat. Die Vertreter der Industrie werden das gleiche Entgegenkommen gegenüber landwirtschaftlichen Fragen zeigen. (Hört! hört!) Die Kohlenindustrie ist durch Steuern, Gefälle, sociale Gefebung außerordentlich belastet. Sie steht also in Bezug auf Concurrenzfähigkeit hinter ausländischen Werken zurück. Dieser Verhältnisse hat meder die Marineverwaltung noch die Budget-commission des Reichstages Rechnung getragen, obwohl es sich dabei nur um eine ganz geringfügige Summe handele. Außerdem haben die englischen Concurrenten den Preis allein gemacht, weil bei der letzten Submission die deutschen Zeichen gar nicht mehr zugelassen waren. In keinem Lande kommt es in diesem Maße vor, daß Lieferungen an fremde Länder übertragen werden. Nicht einmal das Gold zur Vergoldung der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude ist aus Deutschland. Erst kürzlich hat der Direktionsbezirk Köln rechtsrheinisch 2400 Tonnen Schienen in Belgien bestellt. Der Granit zum Nordostsee-Kanal ist aus Schweden bezogen worden. Selbst das Musterland des Freihandels, England, gebraucht nur einheimisches Material. Das liegt daran, daß es von nationalem Gefühl beherrscht wird. Wenn es in England vorgekommen wäre, daß die englische Marine mit deutschen Kohlen gefahren wäre, die Regierung hätte sich vor dem nationalen Unwillen nicht einen Tag halten können. (Beifall.)

Minister Frhr. v. Berlepsch: Die Beispiele, die der Vorredner für den Vorwurf anführt, daß es scheine, die Reichsregierung löse sich von den Verpflichtungen gegen die Industrie los, reichen der weitem nicht aus. Solche Beispiele kommen nicht allein in Deutschland vor, auch England handelt uns gleich und bestellt in Solingen Arbeiten, weil sie dort billiger geliefert werden. Man kann doch unmöglich verlangen, daß wir den Granit für den Nordostsee-Kanal vom fernen Fichtelgebirge holen sollten statt von Schweden, das so nahe liegt und bedeutend billiger liefert. Wenn man den Grundländer des Herrn v. Cynern folgen und den Maßstab desselben anlegen wollte, so müßte man allerdings unser Verhalten im Osten nicht selten mißbilligen. Ich theile aber die Grundsätze in dem Maße nicht.

Abg. Im Walle (Centr.): Die Angriffe des Abgeordneten v. Cynern sind im Reichstage verhandelt, sich mit dem Verfahren der Regierung einverstanden erklärt hat.

Abg. v. Thienpitz (conf.): Weitersichtige hinzuweisen, welche aus der Vereinigung des Kohlenverkaufs aller oberösterreichischen Gruben in den Händen der Firmen Friedländer und Cäsar Wollheim hervorgehen. In der Syndicatsfrage steht Redner ganz auf dem Standpunkt des Grafen Kanitz.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Die Klagen des Vorredners treffen nicht die Bergwerksverwaltung, sondern das Publikum, welches nichts versteht, sich die Lieferungsverhältnisse der Zeichen anzupassen. So mache beispielweise eine Berliner Genossenschaft ganz bedeutende Bestellungen. Nach Schluß des Geschäftsjahrs aber hätte sie noch nicht die Hälfte der Bestellung abgenommen. Wir bestehen deshalb darauf, daß die ständigen Abnehmer eine Caution hinterlegen. Die beiden Händler haben nur etwa 10 Prozent der Gesamtförderung erhalten und seit 30 Jahren dieses Geschäft in solider Weise besorgt.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.): spricht zu Gunsten des Kohlensyndicates; es liegen keine Momente für die Annahme vor, daß die an der Spitze stehenden Herren die Heme Schlachten werden, die ihnen die goldenen Eier legt.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (freis.): Herr v. Cynern, der früher Freihändler war, scheint kein schuhändlerisches Herz erkannt zu haben, denn daß er heute noch Freihändler ist, wird er selbst nicht glauben. Ein gesunder Mensch braucht keine Arücke und eine gesunde Industrie keine Schuhjölle. Der Ruf nach Polizei ist von uns nicht erhoben; wir haben den Staat nicht als Träger des Hoheitsrechts, sondern als Conjuraten angerufen. Jede künstliche Preisfestlegung ist unnatürlich, und der neue Ring wird scheitern, wie schon manche Ringe bei uns gescheitert sind. Auch bei den oberösterreichischen Zeichen liegt ein solches Verhältnis nicht vor, namentlich kann das Verhältnis der dort tätigen beiden Firmen nicht mit irgend einem Ringe verglichen werden.

Abg. Stökel (Centr.) ist erfreut, daß der Minister nicht prinzipiell gegen Socialdemokratie auftritt; die Mitglieder des Rechtschauvereins seien nicht alle Socialdemokrat und die Teilnehmer an einem Strike auch nicht. Maßregelungen solcher Leute machen sie zu gewerbsmäßigen Agitatoren.

Abg. v. Cynern (nat.-lib.): befreit dem Abg. Meyer-Berlin gegenüber, doctrinärer Freihändler gewesen zu sein; ihm liege nur das Gedanken der Industrie an Herzen; leide diese auf dem eingeschlagenen Wege Schaden, so sei er bereit, umzukehren. Hierauf vertrat sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Weiterberatung des Bergwerksatzes.)

Deutschland.

* Berlin, 3. März. Der Kaiser hörte heute Vormittag im Schloß einen Vortrag des Prof. Dr. Helmholz über atmosphärische Lufterscheinungen. Nachmittags traf der Großherzog von Sachsen zu einem mehr täglichen Besuch beim Kaiserpaare ein und nahm im Schloß Wohnung.

* Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, dessen bevorstehende Reise nach Chicago zum Besuch der Weltausstellung wir kürzlich meldeten, hat, wie die „A. R. C.“ erfährt, auf ein ganzes Jahr Urlaub genommen. Herzog Ernst Günther wird nach Beendigung seiner Amerikafahrt zu längerem Aufenthalt nach Italien und dann nach Paris gehen.

* Die Spitze des Bundes der Landwirthe.] Frhr. v. Eichardstein-Alosterdorf bezeichnet es in einer an das „Bukower Wochenblatt“ gerichteten Veröffentlichung als natürlich, daß der Herr Landrat als Regierungsbeamter nicht für eine Bewegung, d. h. für den „Bund der Landwirthe“, eintreten kann, die doch hauptsächlich gegen die jetzige Regierung (den neuen Curs) gerichtet ist. Frhr. v. Eichardstein plaudert hier nur aus, was die Herren v. Blötz u. Gen. in ihren Herzen denken, aber sonst höchstens unter vier Augen eingeklappt.

* Bei dem Hilfescomité für die Notleidenden auf der Insel Daniel sind zusammen bis 1. März 1893 10.681,30 Mk. eingegangen. Von dieser Summe sind bereits 9000 Mk. am 28. Februar an den kaiserl. deutschen General-Consul Lüders in Athen überwiesen. Das Comité bittet um fernerne Beiträge.

* Aus Wiesbaden wird der „Kreuzig.“ gemeldet: Die sich bestätigende Nachricht von der Verlobung des Erbgroßherzogs von Hessen mit der katholischen Prinzessin Maria Anna von Braganza erregt bei den protestantischen Bevölkerung Nassaus großes Aufsehen. Der „Rhein-Cour.“ schreibt: „Bekanntlich gehört die Bevölkerung Luxemburgs überwiegend der katholischen Confession an. Das ultramontane Luxemburger „Wort“ hat bereits vor Jahren verlangt,

dass die zukünftige Herrscherin des Landes und ihre Nachkommen katholisch seien. Man hätte zufrieden sein können, wenn der Erbgroßherzog sich überhaupt noch zu einer Heirath entschlossen hätte, indeß werden jetzt auch die ultramontanen Wünsche erfüllt. So wird das Haus Oranien, früher eine Hochburg des Protestantismus, nunmehr zum Katholizismus übergehen.“ (Erbgroßherzog Wilhelm ist am 22. April 1852 geboren aus der zweiten Ehe des Herzogs Adolf mit Prinzessin Adelheid von Anhalt. Prinzessin Maria Anna von Braganza ist am 13. Juli 1861 geboren als die fünfte Tochter des verstorbenen Dom Miguel, Infanten von Portugal.)

Österreich-Ungarn.

Reichenberg, 8. März. In einer Versammlung der Glasarbeiter wurde beschlossen, am 6. d. M. in den Ausstand einzutreten. Der Ausstand gilt allgemein als aussichtslos. (W. T.)

* [Personalen bei der Forst-Verwaltung.] Der kgl. Förster Kämpf zu Sagorich in der Oberförsterei Osnau ist vom 1. Mai d. J. ab auf die Försterstelle in Altmühl in der Obersförsterei Auelau, der kgl. Förster Otto Iakau zu Grünwald in der Obersförsterei Osnau aus die Försterstelle zu Sagorich, der kgl. Förster Ernst Wunsch zu Klein Bartel in der Obersförsterei Osnau auf die Försterstelle zu Grünwald in derselben Oberförsterei vertheilt worden.

* [Personalen bei der Justiz.] Der Gerichts-Assessor Apolski in Danzig ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgerichte in Pr. Stargard, der Gerichts-Assessor Strobel in Lyck zum Amtsrichter in Biala, der Rechtsanwalt Porsch in Bromberg zum Notar ernannt worden. Den Landrichtern Dr. Sawallisch in Stolp und Maßhütte in Gniezen ist der Charakter als Landgerichtsräthe, dem Amtsrichter Böhm in Barten (Ostpr.) der Charakter als Amtsgerichtsrath verliehen worden.

* [Personalen beim Militär.] Holtmann, Zahlmeister vom 2. Bat. Inf.-Regts. Nr. 14, ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt; v. Olszowski, Second-Lieut. von der Reserve des Inf.-Regts. Nr. 41, ist im aktiven Heere bei dem genannten Regiment wieder eingestellt.

* [Beschäftigung.] Die königl. Regierung hat die Wahl des Herrn Stadtrath Trampe zum Mitgliede der städtischen Schuldeputation auf einen ferneren sechsjährigen Zeitraum bestätigt.

* [Städtischer Etat.] Nach dem vom Magistrat aufgestellten Entwurf des Etats für das Lazareth am Oliver Thor pro 1. April 1893/94 schließt derselbe ab: in Ausgabe mit 133 725 Mk., in Einnahme mit 80 542 Mk., mithin Aufschu 53 183 Mk.; derjenige des Lazareths in der Sandgrube in Ausgabe mit 152 121 Mk., in Einnahme mit 55 250 Mk., mithin Aufschu 96 871 Mk., derjenige des Arbeits- und Siechenhauses in Ausgabe mit 101 200 Mk., in Einnahme mit 23 900 Mk., mithin Aufschu 71 275 Mk. Neu eingestellt sind u. a. in den Etat des Lazareths am Oliver Thor: 1500 Mk. für Instandsetzung sämmtlicher im Leichenhause befindlichen Räume, 1250 Mk. für 50 Matrachen aus Stahlrahmen, 2500 Mk. für 50 Notharmatrachen; in den Etat des Lazareths in der Sandgrube: 1250 Mk. für 50 Matrachen aus Stahlrahmen, 2500 Mk. für 50 Notharmatrachen. — Der Entwurf des Etats für die städtische Feuerwehr pro 1893/94 schließt ab: in Ausgabe mit 88 348 Mk., in Einnahme mit 696 Mk., mithin Aufschu 87 652 Mk., der Entwurf des Etats für die städtische Strafreinigung in Ausgabe mit 86 682 Mk., in Einnahme mit 15 367 Mk., mithin Aufschu 71 275 Mk.

* [Terassen.] Gestern Nachmittag versuchte der frühere Inhaber eines hiesigen größeren Ladengeschäfts sich durch Erschießen den Tod zu geben. Er soll denn auch inzwischen an der Schussverleihung verstorben sein.

* [Lotterie zum Lugsus-Werde-Märkt.] Der Minister des Innern hat dem Comité für den Lugsus-Werde-Markt in Marienburg die Genehmigung ertheilt, in Verbindung mit dem im September abzuhaltenen Lugsus-Werde-Markt eine öffentliche Verlootung von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen zu veranstalten und in diesem Jahre 1890 8000 Lose à 1 Mark in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern und Brandenburg zu verteilen.

* [Stadttheater.] Eine starke Heiserkeit, von welcher Herr Bing, einer der Hauptacteure, befallen worden ist, hat die morgende Eröffnungs-Aufführung der neuen Operette „Die Klauen“ unmöglich gemacht. Dieselbe musste verschoben werden. Den Theaterbesuchern wird morgen Abend oder ein mehr als vollwertiger Erfolg dadurch geboten werden, daß Raimund sinnig - romantisches „Derschwender“ zur Aufführung kommt, in welchem Herr Director Rose noch einmal seinen prächtigen Valentins spielen wird, der durch seinen natürlichen, gemüthvollen Humor bekanntlich stets eine wahre Herzerquickung ist. Die Zweitcene im 2. Akt wird wieder Concerleinlagen der Damen Sedlmair, Drucker, Brackenhammer, der Herren Fißau, George ic. bringen.

† [Bezirks-Verbandstag.] Der deutsche Uhrmacher-Gesellen-Verband, Bezirk Danzig, hält morgen hier selbst seinen ersten Verbandstag ab. Der Verband, dessen Centralstelle sich in Berlin befindet, bildet eine Vereinigung der weitaus meisten Uhrmachergehilfen Deutschlands und der Schweiz. Zu dem Bezirk Danzig gehören die einzelnen Vereine der Provinz Westpreußen und Hinterpommern. Von dort sind für den morgigen Bezirksstag schon zahlreiche Anmeldungen eingegangen. Die freunden Collegen werden auf den Bahnhöfen von Deputationen des Ortsvereins empfangen. Der Bezirksstag wird Nachmittags von 2½ Uhr ab abgehalten werden. Auf der Tagesordnung befinden sich u. a. folgende Punkte: Vereinsberichte, Zweck und Thätigkeit des Verbandes, Wahl des Ortes für den nächsten Bezirksstag und diverse interne Angelegenheiten.

* [Abiturientenpreis.] Im städtischen Gymnasium sind heute die Abiturientenprüfung statt. 9 Oberprimaner hatten sich hierzu gemeldet. Es wurden von der mündlichen Prüfung dispensirt: Liegener, Pupp, Röske, Schultz und Siemels; die übrigen: Davidjohn, Freud, v. Buch, Schütt, Sachsenhaus bestanden ebenfalls die Prüfung.

* [Abiturientenpreis.] Im städtischen Gymnasium sind heute die Abiturientenprüfung statt. 9 Oberprimaner hatten sich hierzu gemeldet. Es wurden von der mündlichen Prüfung dispensirt: Liegener, Pupp, Röske, Schultz und Siemels; die übrigen: Davidjohn, Freud, v. Buch, Schütt, Sachsenhaus bestanden ebenfalls die Prüfung.

* [Glockenmünzen- und Dickefahl-Berdacht.] Verhaftet wurden gestern der Klempner Otto G. und der Schlosser Johann R., welche sich hier seit langerer Zeit ohne Beschäftigung unthertreiben. Dieselben sind der Falschmünzer verächtig und haben auch verschiedene Dickefahle ausgeführt. In ihrem Besitz wurden mehrere Damentäniete, eingeschmiede Trüchte etc., welche von Dickefählen herführen, sowie eine Anzahl Diebeswerkzeuge vorgefunden.

* [Strafammer.] Vor der Strafammer stand heute der Eigentümer Möske aus Lehmann bei Sierakowitc wegen Wildbrieterei. Diese Anklagesache hatte bereits ein langes Vorspiel hinter sich, da der Beschuldigte sich wegen dieses Vergehens und wegen Verleitung seines Dienstmädchen Labuda zum Meinide am 8. März 1892 vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten hatte. In der Hauptverhandlung stellte er dann unerwartet einen Entlastungszeugen Namens Milewski, auf dessen eidliche Bekundung hin er von den Geschworenen auch freigesprochen wurde. Darauf wurde aber gegen diesen Zeugen die Anklage wegen Meinides erhoben und derselbe auch zu einer fährigen Juchthausstrafe verurtheilt. Wegen dieses notorisch falschen Beugnisses stand nun heute gegen den Angeklagten abermals wegen Jagdvergehens Termin an. Derselbe wird beschuldigt, am 20. April 1891 eine Rieke in der Schonzeit widerrechtlich auf dem Meyer'schen Acker, dessen Jagdpächter ein gewisser Goldal war, geflossen und das Thier nach seiner Bejagung mitgenommen zu haben, wo es der Förster Töpper zerlegt vorsand. Nach der heutigen Beweisaufnahme erkannte der Gerichtshof trotz seines beharrlichen Leugnens den Angeklagten für schuldig und verurtheilte Möske zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Beim Verlassen des Saales wurde der Verurtheilte durch den Staatsanwalt verhafet, und zwar unter dem Verdacht, einen Meinid in dem Meinidsprozeß gegen den oben genannten Entlastungszeugen Milewski geleistet zu haben.

* [Polizeibericht vom 4. März.] Verhaftet: 25 Personen, darunter 1 Klempner, 1 Schlosser, 1 Arbeiter, 1 Landwirt, wegen Diebstahl, 1 Arbeiter wegen Widerstand, 1 Frau wegen Schlägerei, 1 Schuhmacher wegen großen Umfangs, 12 Dickefahle, 2 Befrunkenen. — Gestohlen: 3 Frauenhemden, 5 Taschenbücher. — Gefunden: Diarium des Curt Queckau, 1 Fleischwaren-Contobuch; abzuholen im Fundbüro der königlichen Polizei-Direction. 1 grauer Mops; abzuholen Langfuhr Nr. 18 beim Uhrmacher Kru. Schlacht. — Verloren: 1 silbernes Gürtelarmband; abzugeben im Fundbüro der königl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

J. Schöneck, 3. März. Gestern lagte hier der landwirtschaftliche Bauernverein. In demselben hielten die Deputirten des landwirtschaftlichen Lokalvereins, die Herren Bürgermeister Gooss und Dr. Degner, einen

Vortrag über einen zu gründenden landwirtschaftlichen Credit- und Consum-Verein nach Kaiserlichen Grundlage. Der kleinere Grundbesitzer soll durch diese Kasseneinrichtung Geld gegen mäßigen Zinsfuß erhalten. Von den anwesenden 25 Mitgliedern wurde die in Aussicht gestellte Einrichtung freudig begrüßt und soll nur zur Statutenberatung eventuell zur näheren Besprechung eine gemeinschaftliche Sitzung beider Vereine stattfinden. — In Lehmburg hat sich ebenfalls ein landwirtschaftlicher Bauernverein constituiert.

Ω Berent, 3. März. Eine empfindliche Freiheitsstrafe für Übermuth verhängt gestern das hiesige Schöpfgericht gegen den 18jährigen Anecht Theophil Jasdzewski aus Gr. Podles. Der Angeklagte hatte am 8. August v. J. das von ihm geklante Gespanntrock wiederholter Warnung des Inspectors Jube mit übermäßigen Peitschenhieben angelitten und zum Galopp gebracht, so daß die von dem Gespann gezogenen zweispännigen Eggen hin und her geschleudert wurden, wobei die Jinken der Egge das eine Arbeitspferd an der Fessel derartig verletzten, daß es 21 Tage lang arbeitsunfähig war. Es wurde gegen den Angeklagten wegen Sachbeschädigung auf 1 Monat Gefängnis erkannt. — Wie vorsichtig man beim Auspecken der Pferdfäßer sein muß, davon liefert der in hiesiger Brauerei passirte einen Beweis. Auf dem Brauereihof waren mehrere Arbeiter mit dem Auspecken von Fässern beschäftigt. Hierbei explodierte durch irgend eine unvorhergesehene Wirkung ein Fäß, indem durch die sich entwindenden Gasen beide Pferde aus demselben herausgeschleudert wurden. Die Splitter derselben schlugen dem Arbeiter Hoffmann ein Bein entzwey und der Arbeiter Löwe wurde ebenfalls am Bein verwundet.

Ω Lauenburg, 3. März. Am 23. d. Mts. feiert das Schneideckermeister Weißliche Chapeau hier selbst die goldene Hochzeit. — Heute Nacht wurde die Feuerwehr alarmirt. Es brannte im Wohnhause des Kaufmanns J. C. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden, so daß nur ein geringer Schaden entstanden ist.

p. Aus Ostpreussen, 3. März. In der Sitzung des engeren Ausschusses des landwirtschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masuren, welche am nächsten Mittwoch in Insterburg stattfindet, wird es zu einer interessanter Auseinandersetzung zwischen dem Hauptvorsteher dieses Vereins, Herrn Seydel - Chelchen, und den übrigen Mitgliedern desselben kommen. Die unmittelbare Veranlassung dazu bildet der Antrag des Hauptvorsteher auf Bewilligung der anstehenden Kosten für Überreichung der Denkschrift der Centralvereinsvorsteher der östlichen Provinzen an den Kaiser. Herr Seydel leitet das Recht zu diesem Antrage sowie zur Theilnahme an der Deputation aus dem § 17 der Geschäftsordnung her, welcher lautet: „Der Hauptvorsteher vertritt den Centralverein nach innen und außen.“ Zur Würdigung des selbständigen Vorgehens des Herrn S. muss hervorgehoben werden, daß die landwirtschaftlichen Kreisvereine sich bis jetzt von der agrarischen Agitation sämmtlich ferngehalten haben.

WT. Königsberg, 3. März. Die Betriebsseinnahmen der ostpreußischen Südbahn pro Februar betragen nach vorläufiger Feststellung im Personenverkehr 45 333 Mk., in Güterverkehr 169 482 Mk., an Extraordinarien 15 400 Mk., zusammen 230 215 Mk. (gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs weniger 21 241 Mk.); im ganzen vom 1. Januar bis 28. Februar 502 823 Mk. (gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs mehr 16 549 Mk.).

Königsberg, 4. März. (Tel.) Der Hase von Pillau ist eisfrei.

Königsberg, 3. März. Die „Aönigsb. Hart. 3tg.“

berichtet ihre geistige Nötz über die im Gradenwege bewilligten Entschädigungen für die Geschäftsinhaber,

die durch den Einsturz des Gerüstes am Schloße an ihren Waren Verlust erlitten haben, dazin, daß nur eine Firma eine derartige Entschädigung erhalten hat. Die übrigen haben einen Anspruch auf Schadloshaltung nicht erhoben.

Ω Pillau, 3. März. Heute früh ist der dänische Dampfer „Frederik“ nach Hull ausgegangen, bis zur Hafenausfahrt vom Eisbrecher begleitet. Letzterer hat sich im Hafen das Steuerruder verbogen und muß für einige Tage die Fahrten einstellen. Die übrigen im Hafen liegenden Dampfer wollen noch einige Tage abwarten, da die Aussichten auf eine glückliche Übersfahrt noch keine guten sind.

* Den Kreischulinspektoren Hekert und Dr. Grabow zu Bromberg und Pensky in Schneidemühl ist der Charakter als Schülrat verliehen worden.

Vermischtes.

Berlin, 3. März. Das ehemalige Etablissement Nonnaker, Unter den Linden, ist von dem Cafetier Reich heute pachtweise übernommen worden. Derselbe ist der Besitzer des „bekannten“ Café Reich in der Leipziger Straße.

* [Waffen] sind zuerst wie the Medical Bulletin, Philadelphia, berichtet, von Ärzten getragen worden, um die Hände weit zu erhalten.

* [Eine ergötzliche Grabschau] ist wie folgt zu lesen auf einem Archiv in der Nähe von Paris: Hier liegt Madame A. Gattin von M. A. Groschmidt. Das Geländer dieses Grabs wurde von ihrem Gatten verfeilt.

* [„Prinz“ Ahwa], von dem hier kurzlich berichtet wurde, lernt, wie man uns aus Aiel schreibt, bei der Firma Johannsen und Schmelz das Eisengeschäft. Der hohe Ruth des angehenden Regerfürsten hat vor kurzem eine empfindliche Dämpfung erfahren. Am Börstler äußerte sich der Schatzverwalte des deutschen Reichs über die geistigen Fähigkeiten seiner neuen Landsleute so geringfügig, daß einem anwesenden Studenten die Geduld ausging. Er ließ sich vom Wirth einen Stock, legte den schweren Prinzen über und bewegte den Stock mit solcher Entschiedenheit gegen denselben Theil des prinzlichen Körpers, der von dem modernen Satyrdrüchen nicht bedeckt wird, daß der Schwarze jammernd um Hilfe rief. Doch einen Trost wird Ahwa in der Sage finden, welche erzählt, er habe Damen fürtischen Gehüts zu Tisch führen dürfen und sei Königliche Höhe angeredet worden.

Verkehrsnachrichten.

Christiansia, 3. März. Die Eisblokade des Christiansia-Fjords kann gegenwärtig für große Dampfer als aufgehoben betrachtet werden.

Schiffsnachrichten.

Havre, 3. März. (Tel.) Der deutsche Dampfer „Allemannia“, der seit einigen Tagen erwartet wurde, ist heute auf der hiesigen Rhône eingetroffen. Beheimatlich ist es zwischen dem Capitän der „Allemannia“ und dem Commandanten Servain von dem französischen Dampfer „Canada“ in La Guapra zu einem Conflicte gekommen. Servain erwarte nur das Eintreffen der „Allemannia“, um dem Capitän derselben seine Zeugen zu senden.

Literarisches.

Ω Die schon einmal an dieser Stelle lobend erwähnte neue dritte Ausgabe von Antrœss Handallas (erscheinend in 12 Abtheilungen oder in 48 Lieferungen), Verlag von Belhagen und Klosting in Leipzig, schreitet rüdig vorwärts. Vor uns liegen die 4. bis 6. Abtheilung, welche sich in ihren reichen Artenthalt und dem vornehm Gewande (Purpur-Umschlag mit Golddruck) höchst stattlich ausnehmen. Aus dem reichen Inhalt dieser Abtheilungen sei wegen Raumangabe hier nur das Wichtigste hervorgehoben. Die Übersichtskarte der westlichen und östlichen Halbkugel gibt ein deutliches Bild des ganzen Erdkreises, da die Erhebungen

des Landes in gewissen Abständen mit verschiedenen Farbschichten dargestellt wurden, denen genau entsprechend die Meerestiefe in verschiedenem Blau angegeben sind. Der Gipspunkt der neuen Abtheilungen bilden aber wohl die neuen deutschen Staaten- und Provinzialkarten. Von ihnen sind das Königreich Sachsen, die thüringischen Staaten, die Provinz Hessen-Nassau und das Großherzogthum Hessen in dem großen Maßstabe 1:500 000 gezeichnet, denen sich noch Nebenkarten von der sächsisch-böhmischem Schweiz, vom westlichen Thüringer Wald und vom Rheingau im Maße 1:250 000 anschließen, also in einer Größe, die jedes Dorf und alle touristisch wichtigen Punkte aufzunehmen gestattete. Das große Doppelblatt von den Rheinlanden, Westfalen und den Fürstenthümern Lippe ist 1:750 000 entworfen, mit einer großen Nebenkarte des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes in 1:500 000. Diese Blätter gehören zu dem Genauesten und Schönsten, was die Landkartenherstellung bisher in Deutschland leistete und bietet eine Fülle von Details, ohne dabei die klarheit zu verlieren. Besondere Aufmerksamkeit scheint neuen Höhenmessungen, den administrativen Eintheilungen, so wie den erschöpfend gegebenen Verkehrsverhältnissen gewidmet worden zu sein. So lassen uns diese neuen Abtheilungen weder im Stich, wenn wir uns über die neuesten Eisenbahnen Spaniens oder die Befestigungen an der russischen Grenze orientiren wollen, noch dann, wenn wir die neue sibirische Stadt Astana suchen, die Thätigkeit der Transsib in Westsibrien verfolgen oder uns über die Fortschritte des Bahnbaues in China unterrichten wollen. Sämmtliche Karten stehen auf dem neuesten Standpunkt der Wissenschaft und sind sauber auf gutem weißen Kupferdruckpapier gedruckt. Es ist wirklich eine Freude, diese schönen klaren Kartenbilder zu betrachten, und von grossem Werthe, sie bei der Zeitungslektüre, beim Studium von Reise- und Länderbeschreibungen, bei irgend einer Tagesfrage als allzeit hilfreiche Berater und Auskunftsberater zur Hand zu haben.

contingentir loco 51½ M. Gd. März-April 52 M. Gd., nicht contingentir loco 32 M. Gd. März-April 32 M. Gd.

Meteorologische Depesche vom 4. März.

Morgens 8 Uhr.
(Telegraphische Depesche der „Danz. Sta.“).

Gationen.	Bar. M.	Wind	Wetter.	Tem. Cel.
Bellmullet	763	WGW	5	wolkig
Aberdeen	756	GW	3	halb bed.
Christiania	—	—	—	—
Copenhagen	772	GW	3	Dunst
Stockholm	767	RW	4	bedeckt
Haparanda	759	Hilf	—	—
Petersburg	763	WW	1	wolkenlos
Noskau	756	GGW	1	Schnee

CorkQueenstown	767	RW	3	heiter
Gherbour ^a	765	G	2	bedeckt
Helder	769	G	5	wolkig
Göltz	770	GGW	3	halb bed.
Hamburg	773	GW	4	halb bed.</

Griechische Weine

der deutschen Weinbau-Gesellschaft „Achala“ in Patras, laut kriegsministeriellem Erlass vom 1. Januar 1887 (Armee-Verordnungsblatt pr. 1887 Nr. 5) in den Lazaretten eingeführt als Ersatz für Portwein resp. schwere Ungarweine, empfiehlt für Reconvalescenten sowohl, als auch als Frühstück- und Dessertweine zum Preise von 1,90—6,00 pro Flasche (223)

A. Ulrich, Danzig, Brodbänkengasse 18.

Statt besonderer Meldung.
Heute Mittag 12½ Uhr
verchied in Gott verleben
mit dem heil. Serbocafra-
menten, unser erheuer innig
geliebter Bruder, Schwager
und Onkel, der Malermstr.
Josef Luthowsky.
Schmerzfüllt zeigen diese
Nachricht Freunden und
Bekannten an.
Danzig, 4. Febr. 1893.
Die hinterbliebenen.

Aerztlicher Verein.
Donnerstag, den 9. März cr.,
8 Uhr Abends.
Dr. Abegg.

Dampfer-Expeditionen.
Lübeck-Danzig:
Dpr., „Stadt Lübeck“, 7. März cr.
Stettin-Danzig:
Dpr., „Reval“, 6./7. März cr.
Danzig-Billau:
Dpr., „Reval“, 10./11. März cr.
Bordeaux-Danzig:
Dpr., „Chr. Broberg“,
Mitte März cr.
Güter-Anmeldungen bei 6099
F. G. Reinhold.

Loose:
Weseler Geld-Lott. a 3,50 M.
Dan., Silber-Lotterie a 1 M.,
Ruhmeshalle-Görlitz a 1 M.,
Marienburger Schlossbau a 3 M.,
St. Marienkirche zu Trepow
a. R. a 1 M.,
zu haben in der
Exped. der Danziger Zeitung.
Loose zur Ruhmeshallen-Lotterie
a 1 M.,
Loose zur Trepower Silber-
Lotterie a 1 M.,
Loose zur VIII. Weseler Geld-
Lotterie a 3,50 M.,
Loose zur Marienburger Geld-
Lotterie a 3 M.,
zu haben bei

Th. Bertling.

Weseler Geld-Lotterie
Ziehung bestimmt 16. März cr.
Hauptpreis 90 000, 40 000 M.
Loose a 3,50 M. zu haben bei
Hermann Lau, Langgasse 71.

Lotterie-Loose:
Weseler Original a 3,25 M. u. 1 M.
Antithetische a 10 M. in 50 M.
Marienburger a 3 M.
Königsberger Pferde a 1 M.
Trepower Silber a 1 M.,
Ruhmeshallen a 1 M. (5495
Feller jun., Lotterie-Geschäft,
Langgasse 13, Ecke Portehafteng.).

Gewinnliste
der Römer Dombau-Lotterie
a 20 S. soeben eingetroffen,
Hermann Lau, Langgasse 71.

Ich verreise.
Die Herren Dr. Käthesel-
Diakonissen-Armenhaus und
Dr. Thun-Diakonissen-Gasse 5 ver-
treten die Güte haben mich zu ver-
treten. (6157)

Dr. Schulz,
Schidlik.

Gelesene Journale,
Gartenlaube, Ueber Land und
Meer, Fliegende Blätter etc. sind
zu billigen Preisen zu verkaufen
bei

A. Trosien,
Peterliengasse 6.

Untersuchungen
von
Hustenauswurf (Sputum);
Harn auf Zucker, Eiweiß,
Bakterien u. s. w.; Zah-
rungs- und Genußmittel
werden gewissenhaft aus-
geführt. (2238)
Danzig, Langgasse 73.
Bakteriolog. chem. Labora-
torium.

M. Gonnermann,
Apothek.-Chemiker.

**Das von den Königl. Gerichts-
ic. Behörden und gebrächen
Privaten über 25 Jahre mir
geschenkte Vertrauen, erliche
auch ferner geneigtest mir ange-
deihen zu lassen.**

Julius Kegler.
Gerichtsberichts- und Kreis-
Zagator. (6184)

Danzig, Brodbänkengasse 11.
Ich ertheile Privatunterricht
in allen Lehrfächern der höh.
Töchterchule, sowohl jüngeren
wie älteren Schülerinnen. Schul-
preise. Meld. 11—1 Uhr.

M. Drewke,
geprüfte Lehrerin,
Heilige Geistgasse 92, 3 Tr.
vom 1. April Breitgasse 65.

Hühneraugen.
Geprüfte Hühneraugen-Opera-
teurin Frau Keinelt, Nach-
barin der Frau Ahmu, To-
biasgasse, Heil. Geisthospital 2a. 3.

Maränen
nehmen heute Abend frisch aus
dem Rauch.

Wilh. Goertz,
Frauengasse Nr. 46. (6201)

12000 Mark
Kindergelder sind zu vergeben.
Bewerber wollen sich wenden an
Rechtsanwalt Doe in Danzig,
Langgasse 66. (6170)

Repository, Ladentische,
Glasvitrinen
zu verk. Näh. Langgasse 49.

Weseler Kirchenbau-Geld-Lotterie
Hauptgewinn 90000 Mk.
Ziehung am 16. März 1893.

Loose à 3,50 Mk. sind zu haben in der
Expedition der Danziger Zeitung.

„Zum Pilsner“,
Englisches Haus.
Special-Ausschank des Bürgerlichen Bräu-
hauses in Pilsen.
Neue Sendung Winter-Lagerbier in vor-
züglicher Qualität angestochen. (6210)

„Zum Lustdichten“.
Special-Ausschank der Kind'l Brauerei,
bestes Münchener Bier.
Heute Anstlich frischer Sendung in vorzüglicher Qualität.
Küche. Frühstücks-Büffet, großer Mittagstisch von 12—1½ Uhr;
reichhaltige Abend-Speisenkarte.
Extra-Zimmer für Gesellschaften.

Geschäfts-Öffnung.
Einem hochgeehrten Publikum Danzigs und Umgegend
die ganz ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage
Langgasse Nr. 13
in den Räumen der ersten Etage
(früher Cuttners Möbel-Magazin) ein

**Möbel-, Spiegel- und Polster-
waren-Magazin**

eröffne.
Es wird mein Bestreben sein, durch Lager von nur
guten Waren aus den renommiertesten Berliner Fabriken
und streng reelle Bedienung bei billigster Preisnotierung
das Vertrauen einer geehrten Kundschaft zu erwerben und
dauernd zu erhalten

Hochachtungsvol.

Paul Kuhr jr.

Zur Besichtigung des Lagers lade ergebenst ein.
Danzig, den 3. März 1893.

Zur diesjährigen Bau-Saison
empfehlen wir unser Lager von
Balken, Mauerlaten, Kreuzhölzern,
trockenen Dielen und Bohlen,
sowie eine große Partie
Sleepverböhlen und Schalen in allen Stärken,
eichene Bratschwellen ic.
zu billigsten Preisen

Lieb & Heller, Holzhandlung,
Comtoir: Röpergasse 24.
Lagerplätze: Vor dem Werderthore und in Rückfort. (6182)

Fächerplissée
zu gäben Anzügen bis 150 ct m hoch und andere Plissées werden
gebrannt. Striche in vielen verschiedenen Mustern ausgeschlagen.

Federn

werden gewaschen, gefärbt und gehäuft bei
Geschw. Hess, 2. Damm 5.

Auswärtige Aufträge sofort besorgt.

L. Cuttner's
Möbel-Magazin
befindet sich

nur
2. Langen Markt 2,
vis-à-vis dem Artushof.

Grosse
Nutz- und Brennholz-Auction

auf dem Holzfelde Kneipab No. 37.
Dienstag, den 7. März 1893, Vormittags 10 Uhr, werde ich
am angeführten Orte im Auftrage des Herrn Otto Reichenberg,
an den Meistbietenden öffentlich verkaufen, als:

Eine große Partie Bauholz aller Art, be-
stehend in sichteten Balken, Mauerlaten,
Kreuzhölzern, Bohlen ic. ic. in verschiedenen
Dimensionen, sowie eine sehr große Partie
Brennholz.

Beträge bis M 500.— werden am Auctionstage baar be-
zahlt; Käufern, die größere Partien kaufen und mir persönlich
bekannt sind, gewähre ich Credit gegen Accept und haben sich
dieselben vor dem Auctionstermine mit mir zu verständigen.

Joh. Jac. Wagner Sohn,
vereid. Gerichts-Zagator und Auctionator
Bureau: Danzig, Breitgasse 4.

Danzig — Heubude — Blehnendorf — Schönhorst.
Von Gründung der Schiffahrt bis zum 15. Mai fahren unsere Dampfer:
Von Danzig bis Heubude a. Blehnendorf 5 U. 20 M. 6, 8, 9, 10, 11, 12, 1, 2, 2 U. 30 M. 3, 4 u. 6 U.
- Bohnack 6 U. 12 U. 1 U. 2 U. 3 U. und 6 U.
- Rotbeude 6 U. Mro. 1 U. 2 U. und 3 Uhr Nachm.
- Schöneberg 2 und 3 U. Nachm.
- Schönhorst 3 Uhr Nachm.
- Schönhorst nach Danzig 6 U. 15 M. Morg.
- Schöneberg 5 U. 6 U. 30 M. Morg.
- Rotbeude 5 U. 7 U. 8 U. 15 M. 10 U. 30 M. 2 U. 4 U. 30 M. u. 6 U.
- Bohnack 5 U. 30 M. 6 U. 30 M. 7 U. 30 M. 8 U. 30 M. 9 U. 30 M.
- Blehnendorf 10 U. 30 M. 11 U. 11 U. 30 M. 12 U. 1 U.
- Heubude 3 U. 4 U. 30 M. 5 U. 6 U. 30 M. 7 U. 30 M.

6 Uhr Morgens und 3 Uhr Nachmittags von Danzig, 7 Uhr Morgens und 4 Uhr 30 Min.

Nachmittags Anschluß nach und von Platehof.

Im Interesse einer ordnungsmäßigen Controle ist Fahrkarten-Vorverkauf eingeführt und

betragen die Fahrpreise im Vorverkauf:

zwischen Danzig u. Blehnendorf 1. Pl. 15 S. 2. Pl. 10 S. Danzig u. Bohnack 1. Pl. 20 S. 2. Pl. 15 S.

" " " Heringsskrug 1. " 30 S. 2. " 20 " Schusterkrug 1. " 40 S. 2. Pl. 30 S.

" " " Schöneberg 1. " 60 S. 2. " 40 S. Schönhorst 1. " 75 S. 2. Pl. 60 S.

Auf den Dampfern wird für jede Person, was die selbe ist, was ein Mann für dieselbe auf einmal auf den Dampfern herauftaucht. Jedes weitere Colli kostet bis 25 Kilo Gewicht, bis Bohnack

werden mit dem eineinhalbfachen Betrag gewöhnlichen Frachtgutes berechnet.

Fahrkarten und Gepäckfreimarken sind in Danzig an den Schaltern, und auf der Strecke in

den Anstellstellen unmittelbar liegenden Gasthäusern, sowie in allen sich hierfür interessirenden Ge-

schäftshäusern zu haben.

Für den Verkauf wird 5 % Rabatt gewährt.

Fahrpläne sind unentbehrlich und Fahrpreisverzeichnisse für Personen, Gepäck und Güter-

verkehr für 10 S. pro Stück zu haben.

6142) Comtoir: Peterliengasse Nr. 13, Eingang Langebrücke.

Gebr. Habermann,

Comtoir: Peterliengasse Nr. 13, Eingang Langebrücke.

Zwei hohe möbl. Zimmer
und Kammer, mit auch ohne
Pension, sind per 1. April Neu-
schriften, Gasperi-Platte Nr. 300,
1. Etage, zu vermieten. (5006)

4. Damm 6 ist d. 1. Et. v. 5 Stuben

4. Et. u. 3. Et. v. 3 St. v. 1 v.

Ein Pferdestall

für 2 Pferde ist Weideng. 2 vom

1. April 1893 zu vermieten.

Näh. Pfefferstadt 46 im Comtoir.

Heil. Geistgasse 85

ist die Parterre-Gelegenheit vom

1. April cr. ab zu vermieten.

Raheres Breitgasse 52, Lachs.

2 Wohn., besteh. aus je 4 heib.

Zimmern nebst Sub. u. Garten,

auf Wunsch auch geheilt, billig

von sofort zu vermieten. (6056

Heubude, im Mär. C. Schindler.

Wohnungen, best. a. 2 Zimmern,

2 Sab., Mädchentheater, Nähe

u. Schule für 480 M. jährlich.

Näh. Sandgrube 53. (5977)

Langfuhr 48 ist die

1. Etage, best. aus 5 Zimmern,

Entree, Mädchenstube, Waschküche, Boden,

Keller ic. und Eingang in den Raum zum April auch

schn. früher zu vermieten.

Näh. Sandgrube 53. (5977)

Pferdestall, bisher Offizierstube

Darin, zu vermieten.

Näh. Holzmarkt 27.

Garçon-Wohnung,

Steinbamm 17 part., eine eleg.

möbl. Stube mit Schlafstube, und

eigen. Bequemlichkeit ist v. gleich

1. April zu verm. zu bestell.

bis Vormittags 11½ Uhr. (6111)

Ein kl. Mädchen d. b. Lehrling.

Anhant findet gute Pension.

Adressen unter Nr. 6200 in der

Beilage zu Nr. 20009 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 4. März 1893.

Reichstag.

57. Sitzung vom 3. März, 1 Uhr.
Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Marshall,
v. Stephan, Ritter v. Haag.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Stats
der Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Zur Discussion werden zunächst die fortbauernden
Ausgaben gestellt, welche die Budgetcommission unver-
ändert zu bewilligen vorschlägt.

Beim Titel „Staatssekretär 24 000 Mk.“ weist

Referent Abg. Dr. Buhl darauf hin, daß angesichts
der Finanzlage des Reichs eine Vermehrung von
Beamten nur in sehr bescheidenem Umfange stattge-
funden habe. Er empfiehlt ferner dem Hause die An-
nahme folgender von der Commission vorgeschlagenen

Resolution:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, die Ausdehnung
des Systems der Dienststätten auf die Unter-
beamten der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung
ohne Schädigung derselben in ihren Beziehungen wieder-
holt in Erwägung zu ziehen.“

Endlich berichtet der Referent über die Verhand-
lungen der Commission über die neuesten Schritte der
Verwaltung gegen den Postassistenten-Verband. Die
Vertreter der Postverwaltung hätten die Vorwürfe,
welche namentlich gegen den Oberpostdirektor in Düssel-
dorf aus Anlaß dieser Maßnahmen gegen den Ver-
band erhoben worden seien, als unbegründet zurück-
gewiesen. Die Commission habe in diesem Nachdruck
darauf legen zu müssen geglaubt, daß auch den Post-
beamten die Rechte aller Staatsbürger gewahrt bleiben
müssen und daß die Postverwaltung in Maßregelungen
nicht zu weit gehen dürfe.

Abg. Schmidt-Eberle (kreis) befürwortet eine Er-
höhung des Meistergewichts für den einfachen Brief von
15 auf 20 Gramm, wie sie in Österreich schon be-
steht. Die jetzige Entwicklung der Technik in der
Herstellung des Papiers führe dazu, das Papier
immer schwerer zu machen, so daß es namentlich für
Kaufleute immer mehr zur Unmöglichkeit werde, noch
einfache Briefe von 15 Gramm Meistergewicht zu ver-
senden.

Staatssekretär v. Stephan: Die Frage ist keine
unwichtige, aber auch keine entscheidende. Der Aus-
fall bei Erhöhung des Meistergewichts auf 20 Gramm
würde jährlich 5 Millionen betragen. Auch besthebt im
ganzen Weltpostverein diese Maximalgrenze des Ge-
wichts; sie hat sich in die Gewohnheit des correspon-
dierenden Publikums eingelebt und eine Veränderung
würde viele Unzuträglichkeiten mit sich bringen. Daß
in Österreich die Grenze höher ist, liegt an der Un-
entwideltheit des dortigen Postverkehrs. Der Sache
selbst würde ich gar nicht so abgeneigt sein, wenn nicht
die Finanzlage entgegenstände. Die Alagen über die
Papierfabrikation gehören nicht hierher, sie hätten
beim Etat des Reichsastes des Innern vorgebracht
werden sollen, wo ja über so vieles geredet worden
ist. (Staatssekretär v. Bötticher: Vier Wochen lang!
Heiterkeit.)

Abg. Adt (nat.-lib.) bemängelt, daß die Postver-
waltung sich noch immer nicht zu einer Herabsetzung
der hohen Telephongebühren entschließen will und nach
wie vor der Errichtung neuer Bezirkshäfen große
Schwierigkeiten in den Weg legt, indem sie den Nach-
weis der Benutzung und die Erlegung einer sehr hohen
Jahresgebühr außer der Gebühr für jedes einzelne
Gespräch verlangt. Außerdem werde der Kreis, innerhalb
dessen ein Anschluß an ein bestimmtes Bezirkshäf-
tztäglich sei, zu eng gezogen, so daß zahlreiche Industrie-
Städte, welche auch nur ein oder zwei Kilometer
außerhalb dieses Kreises liegen, nicht angeschlossen
werden. In Skandinavien seien die Gebühren viel
niedriger.

Geh. Oberpostrat Scheffler: Der Hinweis auf Skan-
dinavien mit seinem viel geringeren Verkehr hat für
die Beurteilung der Telephonverhältnisse bei uns keine
Bedeutung. In einigen Industriebezirken sind auch bei
uns Pauschalzummen eingeschürt, aber eine allgemeine

Durchführung dieses Systems ist nicht möglich. Die
Leistungen können in den größeren Städten nicht mehr
ausgedehnt werden, es fehlt auf den Straßen bereits
an Platz. Bei der Gehörtenbefreiung ist von fiscali-
schen Rücksichten gar keine Rede. Für die Großindustrie
können diese Ausgaben, auch wenn sie verhältnismäßig
hoch erscheinen, gar keine Rolle spielen, weil sie durch
den Vorsprung der Nachrichten und durch den unmittel-
baren Gedankenauflauf ein ganz erhebliches Ueber-
gewicht über den allgemeinen Durchschnittsverkehr ge-
winnen. Die Verwaltung ist geneigt, allen berechtigten
Wünschen entgegenzukommen. Auf dem so jungen Ge-
beit der Telephonie müssen noch Erfahrungen gesam-
melt werden, auch bezüglich der Tarifierung.

Abg. Buhl (freis.): Diesmal liegen, so viel ich
weiß, zum Poststatat keine Petitionen vor. Man ist eben
der Ansicht, unter dem gegenwärtigen Regime sei keine
Reform möglich. Der Etat bietet ein unerfreuliches Bild. Das offizielle Organ der Postverwaltung, die
„Deutsche Verkehrs-Zeitung“, mag darauf aufmerksam-
dass ein großer Überschuss erzielt worden ist. Ohne
die Großmächtigkeit der Eisenbahnverwaltung, der die
Post ihre Leistungen durchaus nicht nach ihrem Wert
bezahlte, würden die Überschüsse verschwinden. Das
Zurückbleiben der Überschüsse gegen das Vorjahr er-
klärt die „Deutsche Verkehrs-Zeitung“ aus der Mehr-
befolzung der Beamten. Gerade jetzt spielt sich ein
Zwischenstreit der Proletarifirung der Postbeamten ab,
höhere Beamte gibt es 3058, mittlere Postmeister und
Secretäre, 5183, alles was darunter ist, ist als
das große Heer der Proletarier anzusehen: 67276
Assistenten und Unterbeamten befinden sich in etatis-
mäßigen Stellen, außerdem gibt es noch ca. 60 000
nicht angestellte Beamte. Die Unzufriedenheit muß
nehmen. Bis zur etatismäßigen Anstellung eines Be-
amten vergehen 14 Jahre, die Postassistenten sind aus
den verschiedenen Elementen zusammengefügt: aus
Elementar-Schülern, Schülern, die bis zur Prima ge-
kommen sind, und aus übernommenen Unterbeamten.
Gesellschaftlich stehen diese Assistenten unter den Secre-
tären, wie aus verschiedenen Beispiele ersichtlich. Mir
ist auch mitgetheilt worden, daß ein Postassistent, auch
wenn er Anspruch darauf hat, nicht zum Reserve-
Offiziers-Examen zugelassen wird. Vom Examen zum
Secretär sind die Assistenten ausgeflossen, ihre
Carrière schlicht mit dem Ober-Assistenten ab, ihre
aus dem Militärdienst übernommenen Collegen werden
zum Secretärgenossen zugelassen. Nur hat die Post-
verwaltung, wie an sich anzuerkennen, Wohlfahrts-
einrichtungen getroffen, so die Postsparkasse und Vorschuß-
kasse, den Consumverein, die Kaiser Wilhelm-Stiftung
in neuer Zeit ist auch ein Töchterhört gegründet
worden. Alle diese Einrichtungen kommen aber zwar
den oberen Postbeamten, wenig oder gar nicht den
unteren Beamten zu Gute. Das Organ des Assistenten-
verbands wird unterdrückt, die „Deutsche Verkehrs-
zeitung“ dagegen, welche die Centralverwaltung lobhuldigt,
wird begünstigt, der Director Fischer wirkt für sie durch
diensstliche Einfluß als Abonnenten- und Unterstützungs-
mitglied. (Hört! links.) Von Blättern aller Schattirungen — ich
nenne das „Volk“ und die „Kölner Volkszeitung“ — ist das
Verhalten der Postverwaltung hinsichtlich der Ham-
burger Choleracollecte verurtheilt worden. Anstatt aus
den Mitteln der Verwaltung zu helfen, hat man den
mindest beflockten Beamten ihre Beiträge — natürlich
„freiwillig“ — abgenommen. Die Beamten wünschen
selbstverständlich ihre Situation zu verbessern, und so
ist der Verband der Post- und Telegraphen-Assistenten
entstanden. Die Verwaltung hat absolut nicht das
Recht, die Beamten an der Bildung solcher Vereine zu
hindern. Herr Staatssekretär v. Stephan hat aller-
dings die Auffassung proclamiert, daß der Beamte,
wenn er in den Staatsdienst tritt, auf einen Theil
seiner staatsbürglichen Rechte verzichtet. Wir unfer-
reits aber müssen dafür sorgen, daß den Staats-
bürgern in der Postuniform ihre Rechte nicht be-
schränkt werden. (Zustimmung links.) Den Verbands-
assistenten wird der Besuch der Versammlungen sogar
während ihrer Urlaubszeit erlaubt. Die finanzielle

Situation der unteren Postbeamten ist eine durchaus
traurige. Man sagt ihnen, sie müßten sich nach der
Decke strecken, und das in einem Ausblende, in wel-
chem eine Vergrößerung der Dienstwohnung für den
Staatssekretär verlangt wird.

Berichterstatter Abg. Buhl theilt zur Ergänzung seines
Referats mit, daß die Choleramassungen in der Com-
mission zur Sprache gebracht worden seien. Die Ver-
treter der Postverwaltung erklärten: hier liege ein
durchaus falscher Bericht vor; die Massungen seien
bedrohlich nicht angeordnet, sondern aus dem Kreise
der Beamten selbst angeregt worden; von Irwing zu
Beiträgen sei keine Rede gewesen. Die Centralbehörde
habe ihrerseits Untersuchungen an Kranken gewährt und
Begutachtungen für vermehrte Arbeit.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Der Herr Vor-
redner ist unter Berufung auf verschiedene Zeitungs-
auszüge der Postverwaltung scharf entgegentreten
und hat ihr allerlei unberechtigte Vorwürfe gemacht,
die ich Sag als unrichtig widerlegen könnte, die aber schon durch das Ansehen, welches die Reichs-
postverwaltung im In- und Auslande genießt widerlegt
werden. Ich kann auf Reden, wie sie der Vorredner gehalten, im allgemeinen wenig geben (Unruhe links),
da ihre Übertriebungen auf der Hand liegen. Wie kann z. B. der Vorredner von Slogans sprechen
die „Disciplinargefetz“ und das Reichsbeamtengebot zwingen uns dazu, und wenn wir weiter sehen, wie die Leute durch den Verband nur
in Schulden gestürzt werden, dann ist ein Einschreiten
um so mehr geboten. Der Redner verteidigt des
weiteren die Postwirtschaftskasse, welche zahllose Be-
amte den Händen der Wucherer entrissen; er hebt
weiter hervor, daß 38 Millionen zu extraordinären
Unterstützungen aus dem Wohlthätigkeitsfonds ge-
zahlt worden seien. (Hört! hört! rechts.) Der Post-
assistentenverband habe keine Freunde und Sympathien
unter den anderen Beamten, im Gegenteil, die Eintracht sei in dem Verbande selbst zum
Theil gelöst und der größte Theil der sonst vor-
trefflichen Klasse der Postassistenten bleibe dem Ver-
bande fern. Trotz der trüben Erfahrungen, welche die
Postverwaltung mit diesem Verbande gemacht, werde
die Klasse der Postassistenten dennoch weiterhin ihr
Wohlwollen schenken. Man möge sich aber auch ge-
sagt sein lassen, daß unter allen Umständen die noth-
wendige Disciplin aufrecht erhalten werde. (Bravo
rechts.)

Abg. Dr. Lingens (Centr.): Der Staatssekretär wird
sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er gegenüber
den verführten Postassistenten Nachricht warten
läßt. Dadurch würde er sie auf den richtigen Weg
zurückführen. Der Staatssekretär würde sich aber ein
noch größeres Verdienst erwerben, wenn er es be-
wirken könnte, daß den Postbeamten eine größere
Sonntagsruhe als bisher genährt würde. Der Pach-
dienst könnte ohne große Schwierigkeit am Sonntage
ausführen, und dann würde schon für die in diesem
Dienste beschäftigten Personen die Sonntagsruhe
möglich sein. Ich habe mich persönlich über die Ziele
des Assistentenverbandes informiert und habe gefunden,
daß derselbe für die ethischen Ziele der Sonntagsruhe
und des Kirchenbesuchs nichts übrig hat.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erwidert, daß die
Postverwaltung es nach Möglichkeit zu vermeiden
suche, daß die Postbeamten in der Nacht vor dem
Sonntag beschäftigt werden.

Abg. v. d. Schulenburg (cons.): Dankt dem Staats-
sekretär für die Energie, mit der er für die Aufrech-
erhaltung der Autorität in der Postverwaltung einge-
treten sei. Redner spricht darauf den Wunsch aus nach
einer Ermäßigung der Telegrammbühren auf dem
Lande und nach einer Erhöhung der Gehälter der
Landbriefträger.

Director im Reichspostamt Fischer erwidert, daß Er-
wägungen über die Herabsetzung der Briefstellgebühren
schwaben, aber noch nicht zum Abschluß gelangt seien.
Die Landbriefträger seien erst vor kurzem in ihrem
Gehalt aufgebessert worden.

Ein vom Abg. Stadttagen (soc.) gestellter Ver-
tragungsantrag wird trotz der vorgerückten Zeit
(4½ Uhr) gegen Freisinnige und Socialdemokraten
abgelehnt.

Abg. Wurm (soc.) bedauert, in so später Stunde
noch den Standpunkt seiner Partei darlegen zu müssen.
Er verbreitet sich dann über die Abhängigkeit der

ein ich es schuldig, gegen derartige Dinge einzuschreiten. Die betreffenden Zeitungsredakteure, gegen

die ich Strafantrag gestellt, haben sich denn auch im

höchsten Maße gewundert, daß ich, der sonst alles ruhig

gingenommen, jetzt mit Strafanträgen vorgegangen

bin. Ich hasche nicht nach Popularität, ich thue

lediglich meine Pflicht im Interesse des Vaterlandes. (Beifall rechts.) Die Popularität ist überhaupt eine

zweideutige Geschichte. Mir würde es beispielweise sehr bedenklich vorkommen, wenn ich

beim Herrn Abgeordneten Vollrat populär wäre. (Heiterkeit und Bravo rechts.) Mir ist es lieber,

von ihm angegriffen als von ihm gelobt zu werden. (Beifall rechts.) Nur die freisinnigen und die social-

demokratischen Blätter greifen meine Verwaltung an und laden mein Vorgehen gegen den Assistenten-

verband. Wenn aber die Herren den Erholungs-
urlaub, den ich jetzt eingeschürt, zu Agitationen be-
nutzen, dann ist ein entschiedenes Einschreiten notwendi-

gig. Schon das Disciplinargefetz und das Reichsbeamtengebot zwingen uns dazu, und wenn wir weiter

sehen, wie die Leute durch den Verband nur

in Schulden gestürzt werden, dann ist ein Einschreiten um so mehr geboten. Der Redner vertheidigt des

weiteren die Postwirtschaftskasse, welche zahllose Be-

amte den Händen der Wucherer entrissen; er hebt

weiter hervor, daß 38 Millionen zu extraordi-

nären Unterstützungen aus dem Wohlthätigkeitsfonds ge-

zahlt worden seien. (Hört! hört! rechts.) Der Post-

assistentenverband habe keine Freunde und Sympathien

unter den anderen Beamten, im Gegenteil, die Eintracht sei in dem Verbande selbst zum

Theil gelöst und der größte Theil der sonst vor-

trefflichen Klasse der Postassistenten bleibe dem Ver-

bande fern. Trotz der trüben Erfahrungen, welche die

Postverwaltung mit diesem Verbande gemacht, werde

die Klasse der Postassistenten dennoch weiterhin ihr

Wohlwollen schenken. Man möge sich aber auch ge-
sagt sein lassen, daß unter allen Umständen die noth-
wendige Disciplin aufrecht erhalten werde. (Bravo
rechts.)

die Ausgabe des Rittergedichtes „Iwein“ von
Hartmann von Aue, erschien so als das gemeinsame
Werk Lachmanns und seines ehemaligen
Göttinger Lehrers Benecke, und seitdem verband
er sich auch zur Bearbeitung griechischer und
römischer Schriftsteller wiederholt mit älteren
oder jüngeren Genossen. Keinerlei Bequemlichkeit
bewog ihn zu diesem Verfahren, sondern vielmehr die
Absicht, den angestrengtesten Fleiß auf seine besondere
Aufgabe zu konzentrieren. Denn er pflegte sich selbst keine
Mühe zu ersparen. Die schwierigsten Teile
reihen ihn am meiste; die Art seiner Unter-
suchung war die gründlichste und gewissenhafteste.
Er begnügte sich nicht, wie Gottfried Hermann,
mit einer divinatorenischen Kritik, die sich der
handschriftlichen Überlieferung gegenüber eine
gewisse künstlerische Freiheit wahrte; er forderte und
übt selbst die strengste geschichtliche Kritik,
die in langwieriger, meistens durch manigfaltige
Hindernisse erschwerte Arbeit mit Aufgebot der
verschiedenartigsten wissenschaftlichen Hilfsmittel
die gesammelte handschriftliche Überlieferung genau
prüft, so zunächst zu dem ältesten uns erhaltenen
Texte eines literarischen Werkes gelangt und erst
in weiterer Linie unter günstigen Umständen von
da aus auf den wirklich ursprünglichen Wortlaut und auf die ganze Entstehungsgeschichte des unter-
suchten Schriftstückes schließt. Bis zu einem hohen
Grade hatte dies zwar schon mehr als hundert
Jahre vorher Bentley gethan; aber, wie Lachmanns
Biograph Martin Herz grägnant es bezeichnet,
was bei Bentley mehr aus genialem
Scharfsinn hervorging, das entwickele Lachmann
zu Regel und Gesetz, zur unumstößlich geltenden
Methode.

Je gesetzmäßiger er seine kritische Thätigkeit
bestimmen konnte, desto lieber wurde sie ihm.
Daher lockten ihn im ganzen dichterische Werke,
bei denen ihm die Metrik vielseitige Handhaben
zur Feststellung des Textes darbot, mehr zur
Herausgabe, als prosaische. Iwar brachte er
auch in die vorvorreichen oder verderbten Texte der
römischen Feldmesser, des Gajus und anderer
römischer Juristen, des „Neuen Testaments“
musterhaft Ordnung und Klarheit, und Lessings
mannigfache Prosaschriften erfuhrten seine kritische
Sorgfalt nicht weniger, als die Dichtungen des
kraftvollen Führers unserer Literatur, der sich
verhältnismäßig selten in metrischen Formen be-
wegte. Aber seinen glänzendsten Ruhm verdankte
Lachmann doch den Arbeiten, die er antiken und
mittelalterlichen Dichtern widmete. Mit einer
bahnbrechenden Ausgabe des römischen Lyrikers
Properc begann er 1816 seine literarische Wirk-
samkeit; mit dem Meisterstück seiner Lucretia-
Ausgabe schloß er sie 1850, ein Jahr vor seinem
Tode, würdig ab. Zwischen diesen beiden Werken
liegen neben kleineren, an sich jedoch höchst wert-
vollen Arbeiten die Untersuchungen über die Metrik
der griechischen Tragiker, über die Entstehungs-
geschichte der „Ilias“, die Ausgaben des griechischen
Fabeldichters Babrios und seines römischen

Nachahmers Avianus, der Lyriker Catull und
Tibull, des Grammatikers Terentianus Maurus,
die Vorarbeiten zu einer Ausgabe des Satyrikers
Lucilius, namentlich aber die unsträbaren Bei-
träge zur deutschen Philologie.
Die herrlichsten Werke unserer alten Poesie,
das Hildebrandslied, die „Nibelungen“, die
Dichtungen Wolframs von Eschenbach und die
Lieder Walhers von der Vogelweide, hat erst
Lachmann in reinen, lesbaren Texten den Freunden
des deutschen Alterthums vorgelegt und so dem
künstlerischen und wissenschaftlichen Verständnis
erschlossen. Er begründete die seitdem weit-
verbreitete Forschung nach der ursprünglichen
Gestalt unseres nationalen Epos und die noch
jetzt nicht überall abgeschlossene altdedeutsche Ver-
selehre. Aber auch mehrere Gedichte geringerer
Meister führte er in die moderne Wissenschaft ein,
vor allem Werke Hartmanns v. Aue und Ulrichs
v. Lichtenstein. Neben den Brüdern Grimm, mit
denen er frühzeitig in brieflichen Verkehr trat
und seine letzten zehn Jahre in freundlichem
Umgange zu Berlin verlebte, hat sich um
die deutsche Philologie überhaupt niemand gleiche
Dienste erworben wie Lachmann. Dankbar

